

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marianne Burkert-Eulitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Not von Eltern einen Kitaplatz zu bekommen, bei manchen Trägern zum Geschäft? Eltern besser über ihre Rechte aufklären

Ich frage den Senat:

1. In welchen Bezirken gibt es bereits einen Mangel an Kitaplätzen?
2. Welche und wie viele Fälle sind dem Senat von Berlin bekannt geworden, bei denen Kitaträger oder einzelne Kitas von den Eltern Aufnahmegebühren, kostenpflichtige Zusatzleistungen, Bürgschaften für sanierungsbedürftige Einrichtungen oder sonstige finanzielle Aufwendungen verlangen?
3. Wenn dem Senat keine Fälle bekannt sind, gibt es in den Bezirken solche Fälle, wenn ja in welchen Bezirken und wie viele?
4. Welchen Handlungsbedarf sieht die zuständige Senatsverwaltung, Eltern besser über ihre Rechte hinsichtlich der Betreuungsverträge mit den Kitas aufzuklären?
5. Was werden oder würden die Kitaaufsicht und die zuständige Senatsverwaltung unternehmen, wenn ihnen die in Frage zwei beschriebenen Fälle bekannt werden oder bekannt würden?
6. Hat oder hätte die zuständige Senatsverwaltung die rechtlichen Möglichkeiten bei bekannt werden der in Frage 2 beschriebenen oder ähnlicher Fälle, in denen Kitas unzulässige Gelder von Eltern fordern, aufsichtsrechtlich oder steuernd einzugreifen?
7. Wenn es die in Frage 6 beschriebenen rechtlichen Möglichkeiten des Einschreitens nicht geben sollte, sieht der Senat von Berlin rechtlichen Handlungsbedarf, wenn ja welchen, wenn nein, warum nicht?
8. Welche Schritte können gemacht werden, um Eltern besser über ihre Rechte aufzuklären?
9. Welche Meinung vertritt die zuständige Senatorin, verbindliche Musterbetreuungsverträge für Kitas und die Tagespflege einzuführen, die festlegen, welche Bestandteile verpflichtend sind und welche freiwillig?

Berlin, den 24.06.2012

Antwort

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt: